

**Verfassungsrechtsprechung zwischen Souveränität und Integration
- Verträge und Verfassungen -**

I. Europäische Union

Vertrag über die Europäische Union

Artikel 6

(1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.

(2) Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.

(3) Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten.

(4) ...

Vertrag über eine Verfassung für Europa (nicht in Kraft getreten)

Artikel I-6 - Das Unionsrecht

Die Verfassung und das von den Organen der Union in Ausübung der der Union übertragenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften

Artikel 5

Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig.

...

Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.

Artikel 10

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.

Artikel 220

Der Gerichtshof und das Gericht erster Instanz sichern im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrags.

...

Artikel 234

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung dieses Vertrags,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Gemeinschaft und der EZB,
- c) über die Auslegung der Satzungen der durch den Rat geschaffenen Einrichtungen, soweit diese Satzungen dies vorsehen.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Artikel 249

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemeinsam, der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab.

Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

...

II. Republik Estland¹

Ergänzungsgesetz zum Grundgesetz für die Republik Estland vom 14.09.2003 (Volksabstimmung), in Kraft getreten am 06.01.2004

Eesti Vabariigi põhiseaduse täiendamise seadus, vastu võetud rahvahääletusel 14. septembril 2003, jõustunud 6. jaanuaril 2004

§ 1

Estland kann ausgehend von den Grundprinzipien des Grundgesetzes für die Republik Estland der Europäischen Union angehören.

Eesti võib kuuluda Euroopa Liitu, lähtudes Eesti Vabariigi põhiseaduse aluspõhimõtetest.

§ 2

Während der Mitgliedschaft Estlands in der Europäischen Union wird das Grundgesetz für die Republik Estland unter Berücksichtigung der sich aus dem Beitrittsvertrag ergebenden Rechte und Pflichten angewendet.

Eesti kuulumisel Euroopa Liitu kohaldatakse Eesti Vabariigi põhiseadust, arvestades liitumislepingust tulenevaid õigusi ja kohustusi.

Grundgesetz für die Republik Estland vom 28.06.1992 (Volksabstimmung), in Kraft getreten am 03.07.1993, bisher dreimal geändert

Eesti Vabariigi põhiseadus, vastu võetud rahvahääletusel 28. juunil 1992, jõustunud 3. juulil 1992, muudetud kolmel korral

§ 10

Die im vorliegenden Kapitel [Kapitel II Grundrechte, Freiheiten und Pflichten] aufgeführten Rechte, Freiheiten und Pflichten schließen keine anderen Rechte, Freiheiten oder Pflichten aus, die sich aus dem Sinn des Grundgesetzes ergeben oder damit im Einklang stehen sowie den Grundsätzen der Menschenwürde und des sozialen und demokratischen Rechtsstaates entsprechen.

Käesolevas peatükis [II peatükk põhiõigused, vabadused ja kohustused] loetletud õigused, vabadused ja kohustused ei välista muid õigusi, vabadusi ega kohustusi, mis tulenevad põhiseaduse mõttest või on sellega kooskõlas ja vastavad inimväärikuse ning sotsiaalse ja demokraatliku õigusriigi põhimõtetele.

§ 48 Absatz 1 / Lg. 1

Jeder hat das Recht, sich zu Nichtertragsgesellschaften und -verbänden zusammenzuschließen. Parteien dürfen nur estnische Staatsangehörige angehören.

Igäihel on õigus koonduda mittetulundusühingutesse ja -liitudesse. Erakondadesse võivad kuuluda ainult Eesti kodanikud.

§ 111

Die Estnische Bank hat das alleinige Recht zur Emission estnischen Geldes. Die Estnische Bank ordnet den Geldumlauf und steht ein für die Stabilität der Staatswährung.

Eesti raha emissiooni ainuõigus on Eesti Pangal. Eesti Pank korraldab raharinglust ja seisab hea riigi vääringu stabiilsuse eest.

¹ Nach Zusammenstellung von *Julia Laffranque*.

III. Republik Lettland

Verfassung der Republik Lettland vom 15.02.1922

Artikel 1

Lettland ist eine unabhängige demokratische Republik.

Latvija ir neatkarīga demokrātiska republika.

Artikel 2

Die souveräne Gewalt des Staates Lettland gehört dem lettischen Volke

Latvijas valsts suverenā vara pieder Latvijas tautai.

Artikel 68 Absatz 2

Upon entering into international agreements, Latvia, with the purpose of strengthening democracy, may delegate a part of its State institution competencies to international institutions. The Saeima may ratify international agreements in which a part of State institution competencies are delegated to international institutions in sittings in which at least two-thirds of the members of the Saeima participate, and a two-thirds majority vote of the members present is necessary for ratification.

Slēdzot starptautiskus līgumus, Latvija nolūkā stiprināt demokrātiju var deleģēt starptautiskām institūcijām daļu no valsts institūciju kompetences. Starptautiskus līgumus, kuros starptautiskām institūcijām tiek deleģēta daļa no valsts institūciju kompetences, Saeima var apstiprināt sēdēs, kurās piedalās vismaz divas trešdaļas Saeimas locekļu, un apstiprināšanai nepieciešams divu trešdaļu klātesošo deputātu balsu vairākums

Artikel 115

Der Staat schützt das Recht eines jeden, in einer intakten Umwelt zu leben, indem er Informationen über den Zustand der Umwelt bereitstellt und die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt fördert.

Valsts aizsargā ikviena tiesības dzīvot labvēlīgā vidē, sniedzot ziņas par vides stāvokli un rūpējoties par tās saglabāšanu un uzlabošanu.

IV. Französische Republik

Verfassung der Französischen Republik vom 04.10.1958

Präambel

Das französische Volk verkündet feierlich seine Verbundenheit mit den Menschenrechten und mit den Grundsätzen der nationalen Souveränität, wie sie in der Erklärung von 1789 niedergelegt und durch die Präambel der Verfassung von 1946 bestätigt und ergänzt wurden, (Verfassungsgesetz Nr. 2005-205 vom 01.03.2005) sowie mit den in der Umwelt-Charta von 2004 niedergelegten Rechten und Pflichten.

...

Siehe dazu Artikel 3 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26.08.1789: Der Ursprung aller Souveränität liegt wesenshaft in der Nation. Keine Körperschaft und kein einzelner darf eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von ihr ausgeht.

Artikel 3

Die nationale Souveränität liegt beim Volke, das sie durch seine Vertreter und durch Volksentscheid ausübt.

...

...

Wahlberechtigt sind nach Maßgabe der Gesetze alle volljährigen französischen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechtes, die im Besitz ihrer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sind.

...

Artikel 55

Bei ordnungsgemäßer Ratifizierung oder Zustimmung gehen Verträge oder Abkommen mit ihrer Veröffentlichung den Gesetzen vor, vorbehaltlich der jeweiligen Anwendung des Abkommens oder des Vertrages durch die andere Partei.

Titel XV: Über die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union

Artikel 88-1

Die Republik wirkt an den Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union mit, die aus Staaten gebildet sind, die sich gemäß den Gründungsverträgen frei entschlossen haben, einige ihrer Kompetenzen gemeinsam auszuüben.

(Verfassungsgesetz Nr. 2005-204 vom 01.03.2005) Sie kann an der Europäischen Union nach Maßgabe des am 29. Oktober 2004 unterzeichneten Vertrages über eine Verfassung für Europa mitwirken.

Artikel 88-2

(Verfassungsgesetz Nr. 99-49 vom 25.01.1999)

Unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit und gemäß den Bestimmungen des am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrages über die Europäische Union, stimmt Frankreich der Übertragung der zur Errichtung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erforderlichen Kompetenzen zu.

Unter dem gleichen Vorbehalt und gemäß den Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, in der Fassung des am 2. Oktober 1997 unterzeichneten Vertrages, können die zur Festlegung der Vorschriften über den freien Personenverkehr und die damit verbundenen Bereiche erforderlichen Kompetenzen übertragen werden.

(Verfassungsgesetz Nr. 2003-267 vom 25.03.2003) Das Gesetz bestimmt die Regeln betreffend den europäischen Haftbefehl in Anwendung der Rechtsakte, die auf Grundlage des Vertrages über die Europäische Union ergangen sind.

Artikel 88-3

Unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit und gemäß den Bestimmungen des am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrages über die Europäische Union, kann das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ausschließlich Unionsbürgern mit Wohnsitz in Frankreich gewährt werden. Diese Bürger dürfen weder das Amt eines Bürgermeisters oder eines Beigeordneten ausüben, noch an der Ernennung der Wahlmänner zum Senat oder an der Wahl der Senatoren teilnehmen. Das Nähere zur Anwendung dieses Artikels regelt ein von beiden Kammern in derselben Fassung beschlossenes verfassungsausführendes Gesetz.

Artikel 88-4

(Verfassungsgesetz Nr. 99-49 vom 25.01.1999)

Die Regierung legt der Nationalversammlung und dem Senat Entwürfe und Vorschläge für Akte der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union, die Bestimmungen gesetzlicher Art enthalten, unmittelbar nach deren Übermittlung an den Rat der Europäischen Union vor. Sie kann ihnen auch die sonstigen Entwürfe und Vorschläge für Akte sowie jegliches Dokument von einer Institution der Europäischen Union vorlegen.

Nach näheren Bestimmungen der Geschäftsordnungen beider Kammern können Entschließungen über die im vorstehenden Absatz genannten Entwürfe, Vorschläge oder Dokumente, gegebenenfalls auch außerhalb der Sitzungsperioden, gefaßt werden.

Artikel 88-5

(Verfassungsgesetz Nr. 2005-204 vom 01.03.2005)

Jeder Gesetzesentwurf, der zur Ratifizierung eines Vertrages über den Beitritt eines Staates zur Europäischen Union und zu den Europäischen Gemeinschaften ermächtigt, wird vom Präsidenten der Republik zum Volksentscheid gebracht.

[Artikel 88-5 in der bis zum Inkrafttreten des Vertrages über eine Verfassung für Europa gültigen Fassung findet keine Anwendung auf die Beitritte, die im Anschluss an eine Regierungskonferenz erfolgen, deren Einberufung der Europäische Rat vor dem 1. Juli 2004 beschlossen hat.]

V. Bundesrepublik Deutschland

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949

Artikel 14 Absatz 1

Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

Artikel 16 Absatz 2

Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 23 Absatz 1

Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

Art. 38 Absatz 1

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. ...

Artikel 93 Absatz 1

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet:

...

- 4a. über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in Artikel 20 Abs. 4, 33, 38, 101, 103 und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein;

...

Artikel 100 Absatz 1

Hält ein Gericht ein Gesetz, auf dessen Gültigkeit es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und, ... wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes handelt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen. Dies gilt auch, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes durch Landesrecht oder um die Unvereinbarkeit eines Landesgesetzes mit einem Bundesgesetz handelt.

VI. Republik Polen²

Verfassung der Republik Polen vom 02.04.1997

Artikel 55

(1) Die Extradition [Auslieferung] eines polnischen Bürgers ist mit Ausnahme der in Abs. 2 und 3 beschriebenen Fälle verboten.

(2) Die Extradition eines polnischen Bürgers kann auf Antrag eines anderen Staates oder internationalen Gerichtsorgans erfolgen, soweit sich eine solche Möglichkeit aus einem von der Republik Polen ratifizierten internationalen Abkommen bzw. Gesetz ergibt, das eine Umsetzung des von einer internationalen Organisation, deren Mitglied die Republik Polen ist, geschaffenen Rechtes darstellt, vorausgesetzt, dass die den Extraditionsantrag betreffende Tat

- 1. außerhalb des Gebietes der Republik Polen begangen wurde und*
- 2. eine Straftat gemäß dem Recht der Republik Polen war oder eine solche gewesen wäre, falls sie auf dem Gebiet der Republik Polen begangen worden wäre, und zwar sowohl zum Zeitpunkt der Straftatbegehung als auch zum Zeitpunkt der Antragstellung.*

(3) Eine Extradition, die auf Antrag eines internationalen Gerichtsorgans erfolgen soll, das auf der Grundlage eines von der Republik Polen ratifizierten internationalen Abkommens ins Leben gerufen wurde, bedarf nicht der Erfüllung der in Abs. 2, Ziffer 1 und 2 genannten Bedingungen, soweit es sich um einen der Gerichtsbarkeit dieses Organs unterliegenden Völkermord, ein Verbrechen gegen die Menschheit, ein Kriegsverbrechen oder eine aggressive Straftat handelt.

(4) Die Extradition ist untersagt, wenn sie eine Person betrifft, die der Begehung einer gewaltlosen Straftat aus politischen Gründen verdächtigt wird, oder wenn sie bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte verletzen würde.

(5) Über die Zulässigkeit der Extradition entscheidet das Gericht.

Artikel 62

(1) *Der polnische Staatsbürger hat das Recht an einer Volksabstimmung teilzunehmen sowie den Präsidenten der Republik Polen, Abgeordnete, Senatoren und Vertreter der Organe der örtlichen Selbstverwaltung zu wählen, wenn er spätestens am Abstimmungstag das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.*

Artikel 79

(1) Gemäß den durch Gesetz geregelten Grundsätzen hat jedermann dessen verfassungsmäßige Freiheiten oder Rechte verletzt worden sind, das Recht, Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzulegen und die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes oder eines anderen normativen Aktes prüfen zu lassen, auf dessen Grundlage ein Gericht oder ein Organ der öffentlichen Verwaltung endgültig über seine in der Verfassung bestimmten Freiheiten, Rechte oder Pflichten entschieden hat.

Artikel 90

(1) Aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrages kann die Republik Polen einer internationalen Organisation oder einem internationalen Organ die Kompetenz von Organen der staatlichen Gewalt in bestimmten Angelegenheiten übertragen.

(2) Das Zustimmungsgesetz zu einem völkerrechtlichen Vertrag im Sinne des Abs. 1 wird vom Sejm mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Abgeordnetenzahl und vom Senat mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Senatoren angenommen.

(3) Die Zustimmung zur Ratifizierung eines solchen Vertrages kann auch in einer Volksabstimmung gemäß Art. 125 beschlossen werden.

² Nach Zusammenstellung von *Piotr Czarny*.

(4) Ein Beschluß über die Weise, in welcher der Ratifizierung zugestimmt werden soll, wird vom Sejm mit absoluter Mehrheit der Stimmen in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Abgeordnetenzahl angenommen.

Artikel 91

(1) Nachdem ein ratifizierter völkerrechtlicher Vertrag im Gesetzblatt der Republik Polen veröffentlicht worden ist, bildet er einen Teil der innenstaatlichen Rechtsordnung und wird unmittelbar angewandt, es sei denn seine Anwendung setzt die Verabschiedung eines Gesetzes voraus.

(2) Der völkerrechtliche Vertrag, dessen Ratifizierung ein Zustimmungsgesetz vorausgegangen ist, hat den Vorrang einem Gesetz gegenüber, falls das Gesetz mit dem Vertrag unvereinbar ist.

(3) *Das von einer internationalen Organisation hervorgebrachte Recht wird unmittelbar angewandt und hat im Fall der Unvereinbarkeit mit dem Gesetz den Vorrang, wenn es sich so aus einem von der Republik Polen ratifizierten Vertrag, durch den eine internationale Organisation gebildet wird, ergibt.*

Artikel 227

(1) *Die Polnische Nationalbank ist die zentrale Staatsbank. Ausschließlich ihr steht das Recht zu, Geld auszugeben sowie die Geldpolitik zu bestimmen und durchzuführen. Die Polnische Nationalbank ist für den Wert des polnischen Geldes verantwortlich.*

**Constitutional Jurisprudence between Sovereignty and Integration
- Treaties and Constitutions -**

I. European Union

Treaty on European Union

Article 6

(1) The Union is founded on the principles of liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law, principles which are common to the Member States.

(2) The Union shall respect fundamental rights, as guaranteed by the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms signed in Rome on 4 November 1950 and as they result from the constitutional traditions common to the Member States, as general principles of Community law.

(3) The Union shall respect the national identities of its Member States.

(4) ...

Treaty establishing a Constitution for Europe (did not enter into force)

Article I-6 - Union law

The Constitution and law adopted by the institutions of the Union in exercising competences conferred on it shall have primacy over the law of the Member States.

Treaty Establishing the European Community

Article 5

The Community shall act within the limits of the powers conferred upon it by this Treaty and of the objectives assigned to it therein.

...

Any action by the Community shall not go beyond what is necessary to achieve the objectives of this Treaty.

Article 10

Member States shall take all appropriate measures, whether general or particular, to ensure fulfilment of the obligations arising out of this Treaty or resulting from action taken by the institutions of the Community. They shall facilitate the achievement of the Community's tasks.

They shall abstain from any measure which could jeopardise the attainment of the objectives of this Treaty.

Article 220

The Court of Justice and the Court of First Instance, each within its jurisdiction, shall ensure that in the interpretation and application of this Treaty the law is observed.

...

Article 234

The Court of Justice shall have jurisdiction to give preliminary rulings concerning:

- (a) the interpretation of this Treaty;
- (b) the validity and interpretation of acts of the institutions of the Community and of the ECB;
- (c) the interpretation of the statutes of bodies established by an act of the Council, where those statutes so provide.

Where such a question is raised before any court or tribunal of a Member State, that court or tribunal may, if it considers that a decision on the question is necessary to enable it to give judgment, request the Court of Justice to give a ruling thereon.

Where any such question is raised in a case pending before a court or tribunal of a Member State against whose decisions there is no judicial remedy under national law, that court or tribunal shall bring the matter before the Court of Justice.

Article 249

In order to carry out their task and in accordance with the provisions of this Treaty, the European Parliament acting jointly with the Council, the Council and the Commission shall make regulations and issue directives, take decisions, make recommendations or deliver opinions.

A regulation shall have general application. It shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.

A directive shall be binding, as to the result to be achieved, upon each Member State to which it is addressed, but shall leave to the national authorities the choice of form and methods.

A decision shall be binding in its entirety upon those to whom it is addressed.

...

II. Republic of Estonia³

Constitution of the Republic of Estonia Amendment Act, passed by referendum on September 14, 2003, entered into force January 6, 2004

Eesti Vabariigi põhiseaduse täiendamise seadus, vastu võetud rahvahääletusel 14. septembril 2003, jõustunud 6. jaanuaril 2004

§ 1

Estonia may belong to the European Union in accordance with the fundamental principles of the Constitution of the Republic of Estonia.

Eesti võib kuuluda Euroopa Liitu, lähtudes Eesti Vabariigi põhiseaduse aluspõhimõtetest.

§ 2

As of Estonia's accession to the European Union, the Constitution of the Republic of Estonia applies taking account of the rights and obligations arising from the Accession Treaty.

Eesti kuulumisel Euroopa Liitu kohaldatakse Eesti Vabariigi põhiseadust, arvestades liitumislepingust tulenevaid õigusi ja kohustusi.

Constitution of the Republic of Estonia, passed by referendum on June 28, 1992, entered into force July 3, 1992, modified three times

Eesti Vabariigi põhiseadus, vastu võetud rahvahääletusel 28. juunil 1992, jõustunud 3. juulil 1992, muudetud kolmel korral

§ 10

The rights, freedoms and duties set out in this Chapter [Chapter II Fundamental Rights, Freedoms and Duties] shall not preclude other rights, freedoms and duties which arise from the spirit of the Constitution or are in accordance therewith, and conform to the principles of human dignity and of a state based on social justice, democracy, and the rule of law.

Käesolevas peatükis [II peatükk põhiõigused, vabadused ja kohustused] loetletud õigused, vabadused ja kohustused ei välista muid õigusi, vabadusi ega kohustusi, mis tulenevad põhiseaduse mõttest või on sellega kooskõlas ja vastavad inimväärikuse ning sotsiaalse ja demokraatliku õigusriigi põhimõtetele.

§ 48 section 1 / Lg. 1

Everyone has the right to form non-profit associations. Only Estonian citizens may belong to political parties.

Igäihel on õigus koonduda mittetulundusühingutesse ja -liitudesse. Erakondadesse võivad kuuluda ainult Eesti kodanikud.

§ 111

The Bank of Estonia has the sole right to issue Estonian currency. The Bank of Estonia shall regulate currency circulation and shall uphold the stability of the national currency.

Eesti raha emissiooni ainuõigus on Eesti Pangal. Eesti Pank korraldab raharinglust ja seisab hea riigi vääringu stabiilsuse eest.

³ Compilation: *Julia Laffranque*.

III. Republic of Latvia

Constitution of the Republic of Latvia of February 15, 1922

Artikel 1

Latvia is an independent democratic republic.

Latvija ir neatkarīga demokrātiska republika.

Artikel 2

The sovereign power of the State of Latvia is vested in the people of Latvia.

Latvijas valsts suverenā vara pieder Latvijas tautai.

Artikel 68 section 2

Upon entering into international agreements, Latvia, with the purpose of strengthening democracy, may delegate a part of its State institution competencies to international institutions. The Saeima may ratify international agreements in which a part of State institution competencies are delegated to international institutions in sittings in which at least two-thirds of the members of the Saeima participate, and a two-thirds majority vote of the members present is necessary for ratification.

Slēdzot starptautiskus līgumus, Latvija nolūkā stiprināt demokrātiju var deleģēt starptautiskām institūcijām daļu no valsts institūciju kompetences. Starptautiskus līgumus, kuros starptautiskām institūcijām tiek deleģēta daļa no valsts institūciju kompetences, Saeima var apstiprināt sēdēs, kurās piedalās vismaz divas trešdaļas Saeimas locekļu, un apstiprināšanai nepieciešams divu trešdaļu klātesošo deputātu balsu vairākums

Artikel 115

The State shall protect the right of everyone to live in a benevolent environment by providing information about environmental conditions and by promoting the preservation and improvement of the environment.

Valsts aizsargā ikviena tiesības dzīvot labvēlīgā vidē, sniedzot ziņas par vides stāvokli un rūpējoties par tās saglabāšanu un uzlabošanu.

IV. French Republic

Constitution of the French Republic of October 4, 1958

Preamble

The French people solemnly proclaim their attachment to the Rights of Man and the principles of national sovereignty as defined by the Declaration of 1789, confirmed and complemented by the Preamble to the Constitution of 1946, (Constitutional Act No. 2005-205 of March 1st, 2005) and to the rights and duties as defined in the Charter for the Environment of 2004.

...

See also article 3 of the Declaration of the Rights of Man and Citizen of 1789: The principle of any Sovereignty lies primarily in the Nation. No corporate body, no individual may exercise any authority that does not expressly emanate from it.

Article 3

National sovereignty shall belong to the people, who shall exercise it through their representatives and by means of referendum.

...

...

All French citizens of either sex who have reached their majority and are in possession of their civil and political rights may vote as provided by statute.

...

Article 55

Treaties or agreements duly ratified or approved shall, upon publication, prevail over Acts of Parliament, subject, in regard to each agreement or treaty, to its application by the other party.

Title XV: On the European Communities and the European Union

Article 88-1

The Republic shall participate in the European Communities and in the European Union constituted by States that have freely chosen, by virtue of the treaties that established them, to exercise some of their powers in common.

It can participate in the European Union in the conditions provided for by the Treaty establishing a Constitution for Europe signed on 29 October 2004.

Article 88-2

(Constitutional Act No. 99-49 of January 25, 1999)

Subject to reciprocity and in accordance with the terms of the Treaty on European Union signed on 7 February 1992, France agrees to the transfer of powers necessary for the establishment of European economic and monetary union.

Subject to the same reservation and in accordance with the terms of the Treaty establishing the European Community, as amended by the Treaty signed on 2 October 1997, the transfer of powers necessary for the determination of rules concerning freedom of movement for persons and related areas may be agreed.

(Constitutional Act No. 2003-267 of March 25, 2003) Statutes shall determine the rules relating to the European arrest warrant pursuant to acts adopted under the Treaty on European Union.

Article 88-3

Subject to reciprocity and in accordance with the terms of the Treaty on European Union signed on 7 February 1992, the right to vote and stand as a candidate in municipal elections shall be granted only to citizens of the Union residing in France. Such citizens shall neither exercise the office of mayor or deputy mayor nor participate in the designation of Senate electors or in the election of senators. An institutional Act passed in identical terms by the two assemblies shall determine the manner of implementation of this article.

Article 88-4

(Constitutional Act No. 99-49 of January 25, 1999)

The Government shall lay before the National Assembly and the Senate draft proposals for legislation of the European Union together with drafts of or proposals for acts of the European Communities or the European Union containing provisions which are matters for statute as soon as they have been transmitted to the Council of the European Union. It may also lay before them other drafts of or proposals for acts or any document issuing from a European Union institution.

In the manner laid down by the rules of procedure of each assembly, resolutions may be passed, even if Parliament is not in session, on the drafts, proposals or documents referred to in the preceding paragraph.

Article 88-5

(Constitutional Act No. 2005-204 of March 1st, 2005)

Any legislative proposal authorising the ratification of a Treaty pertaining to the accession of a State to the European Union and to the European Communities shall be submitted to referendum by the President of the Republic.

[Article 88-5 as worded until the coming into force of the Treaty establishing a Constitution for Europe, shall not apply to accessions subsequent to an Intergovernmental Conference of which the convening was decided by the European Council before July 1st 2004]

V. Federal Republic of Germany

Basic Law for the Federal Republic of Germany of May 23, 1949

Article 14 section 1

Property and the right of inheritance are guaranteed. Their content and limits shall be determined by statutes.

Article 16 section 2

No German may be extradited to a foreign country. A different regulation may be laid down by statutes for extraditions to a Member State of the European Union or to an international court, provided that the principles of the rule of law are upheld.

Article 23 section 1

To realize a united Europe, the Federal Republic of Germany participates in the development of the European Union which is committed to democratic, social, and federal principles, to the rule of law, and to the principle of subsidiarity, and that guarantees a level of protection of basic rights essentially comparable to that afforded by this Basic Law. To this end the Federation may transfer sovereign rights by a law with the consent of the Bundesrat. The establishment of the European Union, as well as changes in its treaty foundations and comparable regulations that amend or supplement this Basic Law, or make such amendments or supplements possible, shall be subject to paragraphs (2) and (3) of Article 79 [on the procedure and limits of constitutional amendment].

Article 38 section 1

The members of the German Bundestag shall be elected in general, direct, free, equal, and secret elections.

Article 93 section 1

The Federal Constitutional Court decides:

...

- 4a. on constitutional complaints, which may be filed by any person alleging that one of his basic rights or one of his rights under Article 20(4), 33, 38, 101, 103, or 104 has been violated by public authority;

...

Article 100 section 1

Where a court considers that a statute on whose validity its decision depends is unconstitutional, the proceedings shall be stayed, and a decision shall be obtained from ... the Federal Constitutional Court where this Basic Law is held to be violated. This also applies where this Constitution is held to be violated by a Land statute or where a Land statute is held to be incompatible with a federal statute.

VI. Republic of Poland⁴

Constitution of the Republic of Poland of April 2, 1997

Article 55

- (1) The extradition of a Polish citizen shall be prohibited, except in cases specified in paras 2 and 3.
- (2) *Extradition of a Polish citizen may be granted upon a request made by a foreign state or an international judicial body if such a possibility stems from an international treaty ratified by Poland or a statute implementing a legal instrument enacted by an international organisation of which the Republic of Poland is a member, provided that the act covered by a request for extradition:*
 - 1) *was committed outside the territory of the Republic of Poland, and*
 - 2) *constituted an offence under the law in force in the Republic of Poland or would have constituted an offence under the law in force in the Republic of Poland if it had been committed within the territory of the Republic of Poland, both at the time of its commitment and at the time of the making of the request.*
- (3) Compliance with the conditions specified in para. 2 subparagraphs 1 and 2 shall not be required if an extradition request is made by an international judicial body established under an international treaty ratified by Poland, in connection with a crime of genocide, crime against humanity, war crime or a crime of aggression, covered by the jurisdiction of that body.
- (4) The extradition of a person suspected of the commission of a crime for political reasons but without the use of force shall be forbidden, so as an extradition which would violate rights and freedoms of persons and citizens.
- (5) The courts shall adjudicate on the admissibility of extradition.

Article 62

- (1) If, no later than on the day of vote, he has attained 18 years of age, *Polish citizen shall have the right to participate in a referendum and the right to vote for the President of the Republic of Poland as well as representatives to the Sejm and Senate and organs of local government.*

Article 79

- (1) In accordance with principles specified by statute, everyone whose constitutional freedoms or rights have been infringed, shall have the right to appeal to the Constitutional Tribunal for its judgment on the conformity to the Constitution of a statute or another normative act upon which basis a court or organ of public administration has made a final decision on his freedoms or rights or on his obligations specified in the Constitution.

Article 90

- (1) *The Republic of Poland may, by virtue of international agreements, delegate to an international organization or international institution the competence of organs of State authority in relation to certain matters.*
- (2) A statute, granting consent for ratification of an international agreement referred to in para.1, shall be passed by the Sejm by a two-thirds majority vote in the presence of at least half of the statutory number of Deputies, and by the Senate by a two-thirds majority vote in the presence of at least half of the statutory number of Senators.
- (3) Granting of consent for ratification of such agreement may also be passed by a nationwide referendum in accordance with the provisions of Article 125.
- (4) Any resolution in respect of the choice of procedure for granting consent to ratification shall be taken by the Sejm by an absolute majority vote taken in the presence of at least half of the statutory number of Deputies.

⁴ Compilation: *Piotr Czarny*.

Article 91

(1) After promulgation thereof in the Journal of Laws of the Republic of Poland (Dziennik Ustaw), a ratified international agreement shall constitute part of the domestic legal order and shall be applied directly, unless its application depends on the enactment of a statute.

(2) An international agreement ratified upon prior consent granted by statute shall have precedence over statutes if such an agreement cannot be reconciled with the provisions of such statutes.

(3) If an agreement, ratified by the Republic of Poland, establishing an international organization so provides, the laws established by it shall be applied directly and have precedence in the event of a conflict of laws.

Article 227

(1) The central bank of the State shall be *the National Bank of Poland*. It shall have the exclusive right to issue money as well as to formulate and implement monetary policy. The National Bank of Poland shall be responsible for the value of *Polish currency*.